

europaticker: Preisanstieg bei Stahlschrauben durch hohe Antidumping-Zölle



EU-Kommission will Industrie mit neuen Zöllen belasten

Die EU-Kommission plant die Einführung eines Antidumping-Zolls von 87,3 Prozent auf die Einfuhr chinesischer Stahlschrauben in die EU. Wie der „Fachverband des Schrauben-Großhandels“ (FDS) heute mitteilte, würde dies zu einem deutlichen Preisanstieg bei Stahlschrauben innerhalb der europäischen Union führen. „Dies wird die Position vieler deutscher und europäischer Industrieunternehmen im internationalen Wettbewerb verschlechtern“, betonte FDS-Geschäftsführer Andreas Kammholz heute in Berlin. „Zudem sind im Schraubenhandel viele Arbeitsplätze akut gefährdet.“ Die Entscheidung über die Verhängung der Antidumping-Zölle auf chinesische Stahlschrauben soll am 3. Dezember 2008 fallen.

Der Bedarf an Stahlschrauben in der EU ist immens. So verbauen etwa Automobilhersteller in einem durchschnittlichen PKW bis zu 80 kg Stahlschrauben – wobei in diese Zahl noch nicht die Schrauben eingerechnet sind, die von den Zulieferern verwendet wurden. Von dieser Menge sind rund 50 Prozent von den Anti-Dumping-Zöllen betroffen. Weitere Branchen, die infolge der Zölle mit Preiserhöhungen zu rechnen hätten, sind der Maschinen- und Anlagenbau, die Bauindustrie und das Handwerk.

Allein im Jahr 2007 importierten in der EU ansässige Unternehmen über 600.000 Tonnen Stahlschrauben aus China in einem Gesamtwert von 575 Mio. Euro. Bei einem Verbrauch an Stahlschrauben in der EU von nahezu 2,3 Mio. Tonnen liegt der Anteil chinesischer Produkte bei fast 30 Prozent. Die EU-Wirtschaft ist also auf Exporte aus China angewiesen, da die in der Union ansässigen Unternehmen mit einem Produktionsvolumen von gut 1,4 Mio. Tonnen Stahlschrauben nicht die benötigten Mengen liefern können und sich zudem überwiegend auf Spezialprodukte konzentriert haben.

In der Folge müssen die Abnehmer mit massiven Preisanstiegen rechnen. Zwar werden die Schraubenimporteure die resultierende Preiserhöhung nicht Eins zu Eins weitergeben. Dennoch wird der Preisanstieg bei rund 40 Prozent liegen. Dies entspricht einer Mehrbelastung von rund 250 Mio. Euro pro Jahr für die EU-Industrie.

Beantragt wurden die Antidumping-Zölle von den italienischen Schraubenherstellern. In ihrer Begründung verwiesen sie darauf, dass der für die Schraubenproduktion nötige Walzdraht von der chinesischen Regierung subventioniert wird. Dieses Argument ist jedoch nach Ansicht von Fachleuten nur vorgeschoben. „Schließlich bietet China diesen Walzdraht auf dem Weltmarkt zum selben Preis an, den auch die chinesischen Schraubenhersteller bezahlen“, stellt FDS-Geschäftsführer Kammholz fest.

Die Beratungen der Kommission wurden dem Vernehmen nach massiv von italienischen Lobbyisten beeinflusst. Dies führte unter anderem dazu, dass das chinesische Tochterunternehmen eines italienischen Schraubenherstellers von den Antidumping-Zöllen zu Hundert Prozent befreit werden soll. Dieser Anbieter könnte dann unbegrenzt Stahlschrauben ohne Antidumping-Zoll aus China importieren und den europäischen Markt ohne effektivem Wettbewerb ausgesetzt zu sein überschwemmen. Der Eigentümer dieses Unternehmens ist dem Vernehmen nach ein enger Freund des italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi.